

Deutscher Bundestag  
Stenografischer Bericht  
36. Sitzung  
Berlin, Freitag, den 19. Mai 2006

## EU-Waffenembargo gegen China beibehalten

Christoph Strässer (SPD): Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten waren lange Zeit die USA. Das Land der unbegrenzten Chancen ist nun China. So haben wir es jedenfalls in den letzten Jahren kennen gelernt. China ist zum Synonym für wirtschaftlichen Aufschwung geworden. Kaum ein Unternehmen glaubt es sich leisten zu können, nicht auf den fahrenden Zug des wirtschaftlichen Aufschwunges aufzuspringen. Es besteht die begründete Gefahr, dass wir fasziniert von der wirtschaftlichen Dynamik die andere Seite Chinas ausblenden. Es ist zwar nicht falsch, wenn Francis Fukuyama in seinem Buch "Das Ende der Geschichte" zu dem Schluss kommt, dass ein totalitärer Staat dann aufhört totalitär zu sein, sobald er die Entstehung der Marktwirtschaft zulässt. Und gut wäre es, wenn der wirtschaftliche Aufschwung nicht nur der chinesischen Elite, sondern dem ganzen Volk zugute käme.

Es trifft zu: In den letzten Jahren ist ein Fortschritt in der Entwicklung bei den wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten zu beobachten. Aber es gibt keinen Grund, den kritischen Blick hinter die Kulissen des Systems schleifen zu lassen. Anlässe zum Hinsehen gibt es genug, da bin ich mit Ihnen einer Meinung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP. Bei der Umsetzung der individuellen Freiheits- und Menschenrechte ist die Volksrepublik noch ein gutes Stück im Rückstand.

Die Geschichte zeigt, dass alle autoritären Regime einen Mechanismus unterhalten haben, mit dem sie die politische und freie Meinungsäußerung unterdrücken und kontrollieren wollen. So lange es solche Systeme gibt, ist der Weg zu Demokratie und Menschenrechten noch weit. Was der Gulag in der Sowjetunion war, sind heute verschiedene Systeme in China. So auch das Laogai-Straflagersystem der Kommunistischen Partei Chinas, das auf dem Ansatz "Umerziehung durch Arbeit" beruht. Seit Jahrzehnten benutzt China harte Arbeit als Umerziehungsmethode für Systemabweichler jeder Art: Kriminelle, Angehörige von Religionsgemeinschaften, Homosexuelle und politische Kritiker. Es kommt immer wieder zu willkürliche Verhaftungen von Wanderarbeitern, Obdachlosen und unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen. Aus Imagegründen verwendet die Partei seit den 90er-Jahren das Wort Laogai nicht mehr. Arbeitslager werden jetzt offiziell als Gefängnis geführt.

Das chinesische Straf- und Prozessgesetzbuch ist die Rechtsgrundlage der normalen Haft, die durch Gerichtsurteil angeordnet wird oder als Umerziehung durch Arbeit in einem Straflager verbüßt werden kann. Daneben gibt es in China auch mehrere Arten von Administrativhaft. Verschiedene Verwaltungsbestimmungen ermöglichen es, Menschen ohne Gerichtsbeschluss für bis zu drei Jahre in Arbeitslager einzuweisen. Die Entscheidung wird von einem Komitee aus Vertretern der lokalen Verwaltung und der Büros für öffentliche Sicherheit getroffen.

Nach Angaben des chinesischen Justizministeriums sitzen circa 200 000 Menschen in Umerziehungslagern ein, wobei man natürlich davon ausgehen kann, dass die Dunkelziffer wesentlich höher liegt. Schätzungen von Amnesty International und anderen Opferorganisationen gehen vielmehr von Millionen von inhaftierten Menschen aus.

Wegen der restriktiven Informationspolitik der Regierung ist es schwierig zu sagen, wie viele Umerziehungslager es tatsächlich in jeder Provinz gibt. Die Regierung hat es praktisch noch nicht zugelassen, dass das Rote Kreuz oder andere internationale Organisationen die Zustände in Lagern untersuchen können. Die Arbeitslager bleiben internationalen Beobachtern weitgehend verschlossen, weshalb verlässliche Aussagen über die Bedingungen in den Arbeitslagern kaum möglich sind. Dass es jedoch diese Lager gibt, ist unbestritten. Viele ehemalige Inhaftierte konnten darüber berichten.

Erstmals durfte im vergangenen Jahr Manfred Nowak, der UN-Sonderberichterstatter für Folter, durch China reisen. Wie nahe der Inspektor der Wahrheit dabei gekommen ist, ist ungewiss. Aber in seinen Berichten wirft er den chinesischen Behörden schwere Menschenrechtsverletzungen vor und fordert eine Reform des Justizwesens.

Die chinesischen Behörden haben den Willen bekundet, das als "Umerziehung durch Arbeit" bekannte System der Administrativhaft umzugestalten. Die mit dem System in der Praxis verbundenen Probleme - wie Willkür und die Verweigerung elementarer Prozessrechte - werden zum Teil eingeräumt. Grundsätzlich allerdings will die Regierung die Administrativhaft beibehalten. Es sind jedoch ernsthafte Reformbemühungen in Aussicht gestellt, die spätestens 2008 zu einer verbindlichen gesetzlichen Regelung führen und damit die derzeitigen Verwaltungsvorschriften ablösen sollen. Bereits im Jahr 2003 wurde, wenn auch nur auf öffentlichen Druck nach einem Todesfall, eine von mehreren Formen der willkürlichen Festnahme, nämlich die von Obdachlosen und Bettlern, abgeschafft. Weitere Verbesserungen der Haftbedingungen wurden in Aussicht gestellt. Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit blockiert allerdings an verschiedenen Stellen. Trotzdem wollen wir die Ansätze nicht verschweigen. Der Wandel eines autoritären Systems braucht Zeit. Das kann und darf aber auch kein Totschlagargument dafür sein, dass Kritik nicht erlaubt sei.

Doch neben den Bekundungen der Regierung bleibt das Problem, dass die Umsetzung nur schwierig zu kontrollieren ist. Die betroffenen Menschen - insbesondere auf dem Land - haben gerade unter der Willkür lokaler Bürokraten und Parteisekretäre zu kämpfen. Wir begrüßen die Ankündigungen der chinesischen Regierung über eine Reform der Administrativhaft, werden aber weiterhin Versäumnisse und Missstände offen ansprechen. Ich bin insgesamt der Meinung, dass Deutschland eine ausgewogene und realistische - vor allem auch ganzheitliche - Politik gegenüber China braucht, die die wirtschaftlichen Chancen berücksichtigt, aber auf die Betonung universeller Freiheits- und Menschenrechte nicht verzichtet.

Bundespräsident Köhler hat China erst kürzlich außergewöhnlich deutlich zur Demokratisierung und zur Einhaltung der Menschenrechte ermahnt. Kein Land solle auf die Kraft verzichten, die in der freien Entfaltung der Kreativität des Bürgers läge. Dem kann ich uneingeschränkt zustimmen. Auch die Bundeskanzlerin sollte bei ihrer China-Reise die Problematik der Administrativhaft und die Auswirkungen auf die Gefangenen in den Lagern gegenüber der chinesischen Staatsführung ansprechen.

Ich bin der Auffassung, dass wir weiterhin Fehlentwicklungen kritisieren, aber auch positive Entwicklungen unterstützen sollten. Man sollte daher mit jedem Antrag bedenken, was man mit ihm bewirken kann und zu was er nütze ist. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich verstehe schon, warum Sie gerade zum jetzigen Zeitpunkt Ihre Anträge einbringen. Doch Ihr Antrag zum Waffenembargo ist schlicht überflüssig, da es keine Veranlassung oder gegenteiligen Beschlüsse zur Aufhebung des Waffenembargos gibt. Erst im letzten Jahr hat die damalige Koalition das bestätigt. Ich darf Sie auch daran erinnern, dass die SPD in mehreren vom Bundestag beschlossenen Anträgen die Praxis der Administrativhaft kritisiert und die Bundesregierung aufgefordert hat, sich für deren Abschaffung einzusetzen. Lesen Sie sich ruhig die Anträge zur 59. und 60. Tagung der Menschenrechtskommission durch.

Auch der deutsch-chinesische Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog hat gezeigt, dass Problemfelder diskutiert werden, die früher nie von einer chinesischen Regierung öffentlich angesprochen worden wären. Die Bundesregierung und die EU setzen sich für die Abschaffung der Administrativhaft ein. Wir tun das bereits in den politischen Gesprächen beim Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog. Wir werden diese Politik fortsetzen.

Beim nächsten Treffen werden wir deshalb wieder verdeutlichen, dass solche Lager, wie sie beschrieben werden, nach rechtsstaatlichen Prinzipien nicht akzeptabel sind. Aber auch die übrigen Forderungen Ihres Antrages sind im Wesentlichen erfüllt. Die chinesische Regierung ist durch die WTO-Regeln bereits gebunden, Exporte von Produkten aus Straflagern zu verbieten. In der Realität ist eine Überprüfung natürlich schwierig, wenn Zwischenhändler eingeschaltet werden oder Vorprodukte aus Straflagern genutzt werden. Insofern ist aber auch ein Produktsiege unrealistisch.

Der deutsche Außenhandel ist bereits eine Selbstbindung eingegangen, keine Produkte aus chinesischen Lagern oder Gefängnissen zu vertreiben. Als Informationsquelle hierüber kann unter anderem das Laogai-Buch des Menschenrechtlers Harry Wu und seiner Laogai-Stiftung dienen, das frei erhältlich ist. Sie sehen, dass Ihr Antrag in wesentlichen Punkten nicht weiterhilft oder die Forderungen schon umgesetzt wurden. Wir sollten daher lieber versuchen, mit der chinesischen Regierung und unseren Gesprächspartnern im Rechtsstaats- und Menschenrechtsdialog auf den verschiedenen Ebenen weiter kritisch zu verhandeln.

Auch im Rahmen der Zusammenarbeit im neu gewählten Menschenrechtsrat besteht dazu die Möglichkeit. Mit der Wahl in den neuen Menschenrechtsrat wird von China nun auch verlangt, höchste Standards zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte einzuhalten, freiwillige menschenrechtliche Verpflichtungen abzugeben und sich selbst einer periodischen Begutachtung zu unterziehen. Wir sollten dies als Chance verstehen und unsere Bemühungen auf Stärkung der Menschenrechte in einem strategischen Gesamtkonzept statt in Einzelanträgen suchen.